



Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V.

Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V. • Luisenstraße 26 • 65185 Wiesbaden

Positionspapier

Wiesbaden, 1. Dezember 2023

Dringender Handlungsbedarf in der Altenpflege – Forderungen an die zu bildende Koalition in Hessen

Teil der Gesellschaft auch im Alter

Rund 370.000 Pflegebedürftige gibt es in Hessen – über 80 Prozent von ihnen werden von ihren Angehörigen zu Hause betreut. Sie möchten Teil unserer Gesellschaft bleiben, möglichst selbstbestimmt leben können.

Die Politik möchte pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen in Hessen unterstützen. Dazu empfehlen wir:

- Eine stärkere Vernetzung aller an der Versorgung beteiligter Akteure in den Regionen. Grundlage dafür ist eine **sozialräumlich orientierte Altenhilfeplanung**, die durch das Land auf Ebene der Kommunen umgesetzt wird. Diese soll Angebote vor Ort fördern, die ältere Menschen, Pflegebedürftige und ihre Familien tatsächlich erreichen – um bspw. Einsamkeit zu reduzieren. Für die Umsetzung braucht es **regionale Pflege- und Gesundheitskonferenzen mit allen beteiligten Akteuren**.
- **Damit Menschen auch ihren Bedarfen entsprechende Angebote in Anspruch nehmen können, müssen Pflegestützpunkte** als wichtige, wohnortnahe Beratungseinrichtungen, **flächendeckend ausgebaut werden**. Diese können umfassende Beratungs- und Koordinierungstätigkeiten übernehmen und durch präventive Hausbesuche für Pflegebedürftige und ihre Familien da sein, bevor ein Pflegebedarf entsteht.

Investieren in Zukunft und Transformation

Bundesweite Insolvenzen und Betriebsschließungen von Pflegeeinrichtungen sowie zahlreiche Abfragen der Verbände bei ihren Einrichtungen lassen keinen Zweifel an der prekären Situation in der Pflege. Die Versorgung von Menschen mit Hilfe- und Pflegebedarf ist nicht mehr flächendeckend sichergestellt. Bereits jetzt müssen Menschen viel zu lange warten, bis sie die Versorgung erhalten, die sie eigentlich benötigen.

Fast alle Pflegedienste haben lange Wartelisten, stationäre Einrichtungen müssen wegen Personalmangel zum Teil ganze Wohnbereiche schließen und neue Wohnformen sind Mangelware. Eine regionale Steuerung der Versorgung durch die Kommune ist in der Regel nicht umgesetzt.

1

Pflegerische Infrastruktur sichern

Die Politik will eine gute, flächendeckende Infrastruktur und verlässliche Daseinsvorsorge. Dafür empfehlen wir dem Land Hessen:

- Sich wieder aktiv am Neu- und Ausbau der pflegerischen Infrastruktur zu beteiligen und drastisch die öffentliche Förderung zu erhöhen. So kann das Land Hessen seine gesetzlich verankerte Verantwortung, eine leistungsfähige Versorgungsstruktur vorzuhalten, sicherstellen.
- Investitionen in Maßnahmen zum Klimaschutz sowie der Klimaanpassung zum Schutz der pflegebedürftigen Menschen zu fördern, denn das Investitionsrisiko auf dem Weg zur Klimaneutralität darf nicht allein von den Pflegeeinrichtungen getragen werden. Die Kosten für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen dürfen nicht noch stärker ansteigen.
- **Verwaltungsprozesse** auf kommunaler- und Landesebene (wie bspw. Entgeltverhandlungen, Anträge auf Sozialhilfe, Verfahren Ausbildungsfond, Vergütungsmodelle) zu **entbürokratisieren und digitalisieren**. Zurzeit führen ausbleibende Geldzuflüsse dazu, dass Einrichtungen vorfinanzieren müssen und sogar zunehmend in Liquiditätsengpässe geraten.
- Für eine kurzfristige Hilfestellung ein **Soforthilfeprogramm / Pflegezukunftsfonds** einzurichten. Dieser soll für Modernisierungen zum Klimaschutz schnelle Abhilfe schaffen und Insolvenzen vermeiden. Außerdem kann hierüber ein Versorgungssystem der Zukunft - auch durch andere Wohnformen und barrierefreien Wohnraum für ältere Menschen – weiterentwickelt werden. Wir empfehlen für nachhaltige Versorgungskonzepte nicht nur eine investive Förderung, sondern auch die Berücksichtigung der Organisationsentwicklung, insbesondere vor dem Hintergrund des immer weiter zunehmenden Fachkräftmangels.

Die Politik möchte mehr Menschen für die Pflege begeistern, das kann sie tun:

- Ausbildung für Pflegeschulen attraktiver zu gestalten. Nur noch knapp die Hälfte der Pflegeschulen in Hessen bilden Altenpflegehelfer*innen aus. Um die Ausbildungskapazität zu erhöhen, müssen dringend die Rahmenbedingungen für Pflegeschulen verbessert werden und Anreize für die Schulen gesetzt werden, sich der einjährigen Pflegeausbildung anzunehmen. **Dazu braucht es ein tragfähiges Finanzierungskonzept, welches die Kosten für die Pflegehelferausbildung in Form einer Landesumlage sicherstellt und in Form einer Kursfinanzierung gestaltet ist** – So werden auch kleinere Kurse angeboten und Kurse können, trotz Abbrecher*innen, finanziell deckend für die Schulen sein.

Und wenn wir über die Grenzen von Hessen hinausschauen:

Soll sich das Land auch auf Bundesebene für eine grundlegende **Pflegerreform** einsetzen – damit der Eigenanteil der Versicherten festgeschrieben wird: Durch den sog. Sockel-Spitze-Tausch. Das heißt, alle Pflegebedürftigen beteiligen sich mit einem festgelegten Eigenanteil an der Versorgung, alle darüber hinaus gehenden Kosten zahlen Pflege- und Krankenversicherung anteilig.

Fachkräfte gewinnen und halten

Der Fachkräftemangel in der Altenpflege in Hessen ist ein wachsendes Problem. Immer mehr ältere Menschen brauchen die Angebote der Wohlfahrtspflege, während es auf der anderen Seite immer weniger Arbeits- und Fachkräfte gibt. Die Soziale Arbeit ist eine erfüllende, aber auch anspruchsvolle Arbeit, die emotional und körperlich belastend sein kann. Insgesamt gilt es die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Zugänge in die Pflege erleichtern

Eine Erhöhung der Ausbildungskapazität für die einjährige Pflegeausbildung ist dringend nötig. Laut Hessischem Pflegemonitor hat die Liga in Hessen ein Defizit von 2.900 Schulplätzen bis Ende 2023 ausgemacht. Laut Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFZA) bieten von den 99 Pflegeschulen in Hessen nur die Hälfte eine Pflegehelfer*innenausbildung an.

Die Politik will mehr Fachkräfte für die Pflege gewinnen. Das braucht es:

- Einen Anreiz für die Schulen, sich der 1-jährigen Pflegeausbildung anzunehmen.
- Der bürokratische Aufwand für die Kompetenzfeststellung und Anerkennung von Berufserfahrung muss reduziert werden. Hier möchten wir gemeinsame Lösungsansätze mit der Politik in Hessen.

01.12.2023

Quellen:

Berufsbildungsbericht 2022

https://www.bmbf.de/SharedDocs/Downloads/de/2022/berufsbildungsbericht-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=1

Anzahl Pflegebedürftiger in Hessen

<https://statistik.hessen.de/presse/zahl-der-pflegebeduerftigen-in-hessen-weiter-angestiegen>